

Globalisierung treibt Gemeinden um

Birsfelden/Oberwil. Internationales Handelsabkommen an der «Gmeini» traktandiert

GEORG SCHMIDT

An den Gemeindeversammlungen entscheidet sich nächste Woche, ob Birsfelden und Oberwil zur Gats-freien Zone werden.

In der Westschweiz, namentlich im Waadtland, haben sich bereits unzählige Gemeinden zur «Gats-freien Zone» erklärt. Das Gats-Abkommen regelt den internationalen Handel mit Dienstleistungen (siehe Kasten). In der Deutschschweiz dürfte das Unbehagen an der Globalisierung ähnlich gross sein wie in der Romandie – die Zahl der Gemeinden aber, die sich dem Abkommen widersetzen wollen, ist eher gering. Im Baseltal haben sich gerade mal Hölstein und Ormalingen für Gats-frei erklärt. Nächste Woche aber werden die Bürgerinnen und Bürger von Birsfelden und Oberwil an ihren Gemeindeversammlungen darüber abstimmen, ob sich ihre Gemeinden ebenfalls in die Front der Globalisierungskritiker einreihen wollen.

Die traktandierten Gats-Vorstösse lösen im Vorfeld ganz unterschiedliche Reaktionen aus. «Wir müssen realistisch bleiben, wir können nicht viel bewegen, sondern nur ein Zeichen setzen», sagt etwa Claudio Botti, Gemeindepräsident von Birsfelden. Dennoch hat der Gemeinderat dem entsprechenden Antrag der örtlichen SP-Sektion zugestimmt – «aus Goodwill», wie Botti sagt. Ganz anders sieht man die Gats-Frage in Oberwil, wo der Gemeinderat den Gats-Antrag eines einzelnen Bür-



Ja oder Nein? Vielleicht erhält die Bewegung der Gats-freien Gemeinden Zulauf aus dem Baseltal.

gers ablehnt. Es sei «politisch nicht der richtige und rechtlich ein äusserst problematischer Weg, Bedenken gegen Gats publik zu machen», hält er in seiner Stellungnahme fest. «Es ist nicht gut, wenn Gemeindeversammlungen für bestimmte Haltungen instrumentalisiert werden», ergänzt Gemeindepräsident Rudolf Mohler auf Anfrage. Der Gemeinderat betont in seinen Erwägungen auch, dass ein Beitritt zur Gats-freien Zone bloss «symbolischer Natur» wäre. Vor allem aber gibt er zu bedenken, dass der Antrag «der Standortförderung keinen Dienst» erweise.

BILLIGER. Demgegenüber betont die Birsfelder Exekutive, dass das Gats-Abkommen Prinzipien enthalte, «die den politischen Gestaltungsspielraum von Gemeinden und Kantonen dramatisch einschränken». Und: «Im Bereich der Grundversorgung sind öffentliche Systeme billiger, sozialer und demokratischer. Hier haben Markt und globaler Konzernhandel nichts zu suchen.» Der Oberwiler Gemeinderat hält aber fest, die Schweiz sei im Rahmen der Gats-Verhandlungen beim Service public keine Verpflichtungen eingegangen.

Skeptisch äussert sich Ueli Kräuchi, Geschäftsführer des Verbands der Basellandschaftlichen Gemeinden (VBLG). Das Thema Globalisierung beschäftigt natürlich auch die Gemeinden, sagt er und verweist auf einen Vortrag, den Botschafter Luzius Wasescha, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, im März 2006 vor dem Verband gehalten hat – Tenor: Der Service public ist nicht bedroht. Dieser Meinung schliesst sich Kräuchi an und spricht von einem «wirkungslosen Signal».

Werner Grossmann, Gemeindeverwalter von Hölstein, bestätigt dies: «Das war mehr ein symbolischer Akt», bilanziert er den Entscheid, sich zur Gats-freien Zone zu erklären, den der Gemeinderat vor rund zwei Jahren gefällig hat. «Vor allem eine mögliche Privati-

sierung der Wasserversorgung hat uns damals aufgeschreckt», sagt er. «Direkte Auswirkungen» habe der Schulterschluss mit den Gats-Gegnern aber nicht gehabt.

MEHR UND WENIGER. Das freilich ändert nichts daran, dass der Schuh drückt. Das zeigt sich zum Beispiel auch beim internationalen Gütertransport auf der Schiene, der – auch eine Folge der Handelsliberalisierungen der letzten Jahre – wächst und weiter wachsen soll: Birsfelden, Muttetz und Pratteln haben deshalb zu Jahresbeginn eine Petition lanciert, weil sie mehr Lärm bei weniger Sicherheit befürchten.

Auch hier gilt: Die Gemeinden können ein Zeichen setzen und ihr Unbehagen ausdrücken. Der konkrete Nutzen aber ist unklar.

Gats ist nicht gleich Gatt

Dienstleistungen. Das «Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen» (englisch General Agreement on Trade in Services, Gats) regelt den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und bezweckt in diesem Bereich fortschreitende Liberalisierungen. Das Gats ist ein multilaterales Vertragswerk der Welthandelsorganisation (WTO). Demgegenüber befasst sich das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (englisch General Agreement on Tariffs and Trade; Gatt) mit der Eliminierung von Hemmnissen (Zölle, Normen) beim Handel mit Gütern. Aber egal, ob Dienstleistung oder Warenverkehr: Beide Abkommen sehen sich immer wieder heftiger Kritik ausgesetzt, weil befürchtet wird, dass private Firmen zu grossen Gewinnen kommen, während die öffentliche Hand respektive die Konsumenten die Zeche der Liberalisierung bezahlen müssen. gs

nachrichten

Promenade am Bachgraben gesperrt

ALLSCHWIL. Voraussichtlich für zwei Tage wird die Bachgraben-Promenade ab Montag gesperrt – dies aus Sicherheitsgründen, wie die Bau- und Umweltschutzdirektion mitteilt: Grund sind die angekündigten Baumfällungen, die dem Hochwasserschutz dienen sollen.

«Schlechter Stil» der Gegner des Richtplans

MÜNCHENSTEIN. Rückenwind für den Gemeinderat: 15 Mitglieder der Gemeindekommission beschleunigen den Gegnern des kommunalen Richtplans einen «schlechten Stil». Das Volksnein in der Abstimmung sei zwar zu akzeptieren, aber es könne nicht sein, dass «das Nein-Komitee dem Gemeinderat nun sagen will, was er zu tun hat». Damit ist der offene Brief angesprochen, in dem die Richtplan-Gegner gefordert hatten, alle laufenden Aktivitäten bezüglich Richtplan müssten sofort abgebrochen werden. Die Kommissionsmitglieder fordern zu einer «positiven Diskussion» auf.

Wegmüller tritt zurück

MÜNCHENSTEIN. Helen Wegmüller hat per 31. Mai ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat erklärt. Die SVP-Politikerin war im Jahr 2000 ins Amt gewählt worden und stand dem Departement Soziales vor. Wegmüller hatte im Februar den erneuten Sprung in den Landrat verpasst.



Baubeginn mit Vorbehalt. Über die Einstellhalle beim Schlosspark wird weiter gestritten. Foto Hannes-Dirk Flury

Schlosspark vorerst ohne Einstellhalle

Binningen. Drei Jahre nach der Volksabstimmung haben die Bauarbeiten begonnen

LORENZO VASELLA

Der Spatenstich zur Umgestaltung des Binninger Schlossparks ist erfolgt. Zum Projekt gehört eine umstrittene Einstellhalle. Die Gemeinde hat deren Bau nun zurückgestellt.

Endlich durfte Charles Simon den goldenen Spaten ergreifen. Für den Gemeindepräsidenten war es «fast ein historisches Moment». Schliesslich sagten die Binninger bereits vor drei Jahren Ja zur Umgestaltung des Schlossparks. Dass es so lange bis zum Spatenstich dauerte, erklärte Simon unter anderem mit Einsparungen von privater Seite. Die Einsprecherin heisst Glanzmann AG. Die Baufirma plant im Norden des Parks, auf der anderen Seite des Birsig, Eigentumswohnungen. Die Balkone des Neubaus würden direkt auf die Einfahrt einer Einstellhalle gerichtet sein, die Teil des Schlosspark-Projekts ist. Die Firma fürchtet, dass die Wohnungen an Wert verlieren. Sie reichte deshalb beim Baseltaler Regierungsrat Beschwerde ein.

Die Glanzmann AG sieht ihre Chance darin, dass die Gemeinde für das Projekt die Zonenvorschriften änderte. So verlegte sie die Baulinie näher an den Birsig. Zu-

nahe, sagt Bauunternehmer Bernhard Glanzmann. Die Uferschutzzone dürfe nicht zugunsten eines Parkhauses aufgehoben werden, liess er sich vor einem Jahr in der baz zitieren. Mittlerweile hat der Regierungsrat die Beschwerde abgewiesen. Die Glanzmann AG hat sie ans Kantonsgericht weitergezogen. Das Verfahren mit aufschiebender Wirkung ist hängig.

DOPPELT SO GROSS. Die Gemeinde mochte nicht länger zuwarten. Damit sie mit der Umgestaltung des Schlossparks beginnen kann, hat sie den Bau der Einstellhalle zurückgestellt. Schliesslich soll der Park bis zur Euro 2008 fertig sein. Er soll etwa doppelt so gross werden wie heute. Zum Projekt gehört die Renaturierung des Birsig. Zudem wird die Schlossgasse verlegt. Auf dem frei werdenden Terrain entsteht ein Platz, der die drei historischen Gebäude – das Schloss, das Imhofhaus und das Bürgerhaus – räumlich aneinander bindet.

«Ursprünglich wollten wir mit der Einstellhalle beginnen, da sie zum Teil unter die neue Schlossgasse zu liegen kommt», erklärt die zuständige Gemeinderätin Aga-

the Schuler. Der neue Ablauf mache die Planung komplizierter. So müsse die Schlossgasse wohl länger als geplant gesperrt werden. Für die Einstellhalle hat die Gemeinde ein separates Baugesuch eingereicht. Dagegen hat die Firma Glanzmann AG Einsprache erhoben. Die Gemeinde hat das Gesuch jedoch auf der Basis der bestehenden Zonenvorschriften eingereicht. Sie hat dazu die Pläne angepasst und die Einfahrt um ein paar Meter nach Westen verschoben. Gemäss Roman Mayer, Leiter des Baseltaler Bauinspektors, entspricht das Baugesuch allen Vorschriften.

Damit nimmt Binningen der Firma den Wind aus den Segeln. Wird die Einstellhalle nach den neuen Plänen bewilligt, ist die beim Kantonsgericht hängige Beschwerde gegenstandslos. Glanzmann ist unbeeindruckt: «Wenn die Einstellhalle gemäss den eingereichten Plänen gebaut werden soll, werden wir uns weiter gegen das Projekt wehren.» Zwei andere Einsprachen, die Verlegung der Schlossgasse und des Birsig betreffend, hat die Firma zurückgezogen, damit die Gemeinde den Schlosspark ohne weitere Verzögerungen angehen kann.

nachgefragt

«Integration heisst das Zauberwort»

PRÄSIDENT. Mathis Spreiter ist Präsident der Ortsgruppe beider Basel der Schweizerischen Vereinigung der Gelähmten (SVG). Er äussert sich anlässlich der SVG-Generalversammlung im Reinacher WBZ von heute Samstag zur Situation der Gelähmten.

baz: Welche Bedeutung hatte die SVG bei ihrer Gründung vor rund fünfzig Jahren? Und worin besteht ihre Aufgabe heute?

MATHIS SPREITER: Als Selbsthilfeorganisation war sie sozusagen die Gewerkschaft der Gelähmten. In einer Zeit, als die Kinderlähmung wenig bekannt war, hatten die daran Erkrankten keine angepasste Behandlung zu erwarten. Sie landeten in Waisenhäusern oder Bürgerheimen, wenn die Betreuung durch die Eltern nicht mehr erbracht werden konnte. Die leicht gelähmten Personen konnten sich unter Aufwand aller Kräfte in der Schule und im Beruf behaupten. Heute geht es um ähnliche Probleme, einfach auf einem anspruchsvolleren Niveau. Integration heisst das Zauberwort – beim Wohnen, in der Aus- und Weiterbildung, im Beruf, in der Freizeit. Auf diese Ziele arbeiten wir hin, indem wir für unsere Mitglieder in den beiden Basel vor allem Freizeitangebote organisieren oder angepasste Wohn- und Arbeitsformen finanziell unterstützen. Aktivitäten sind auch nötig, damit wir die Finanzen für diese Projekte zusammenbekommen. Auf schweizerischer Ebene ist das Kurswesen und die politische Arbeit eine wichtige Funktion der Organisation.

Welche Form von Unabhängigkeit können Gelähmte leben?

Es gibt verschiedene Stufen von Unabhängigkeit, Rollstuhlfahren macht unabhängig vom Bett oder von der Wohnung, Autofahren gibt eine örtliche Unabhängigkeit und ebnet den Weg zu Schulung und Existenz



Mathis Spreiter. Setzt sich für Behinderte ein. Foto Oliver Zwahlen

sichernder Arbeit. Höchste Ansprüche für Körperbehinderte stellt die Gründung einer eigenen Familie, was für viele ein Traum ist.

Wie steht es mit dem Kontakt zwischen den Behinderten und Nichtbehinderten?

Der Kontakt von Körperbehinderten und Nichtbehinderten gelingt vor allem auf der Ebene der Helferinnen und Helfer, Samariterinnen und Samariter, Chauffeure, Bastlerinnen für Boutiqueartikel. Die Artikel werden dann auf Märkten angeboten, was auch wieder integrativ wirkt.

Auf der politischen Bühne läuft derzeit ja einiges, was für Sie von Interesse ist. Wie soll Ihrer Meinung nach das IV-Milliardenloch gedeckt werden?

Mit mehr Einnahmen. Es stellt sich für die Gesellschaft die Frage, wie sie mit ihren Behinderten umgeht. Von der Desintegration der Behinderten ist es nur ein kleiner Schritt zum willkürlichen Ausschluss anderer Minderheiten. Desintegration ist Gift für die Gemeinschaft.

Welche Probleme plagen Sie in der SVG-Ortsgruppe beider Basel?

Wir sind zwar ein überalterter Verein, aber wir lernen damit umzugehen.

INTERVIEW: CHRISTIAN FINK